

Roter Fächer

Informationen der **DKP Karlsruhe**



Kriegsgefahr in der Ukraine

Die NATO schürt das Feuer



1997 wurde in Paris die „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“ unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehörten der damalige russische Präsident Boris Jelzin sowie 16 Staats- und Regierungschefs der NATO. Wörtlich heißt es in dem Vertrag: „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken“. Russland wird für sein Engagement für Entspannung und Abrüstung ausdrücklich gelobt: „Russland hat tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen, in beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen und alle seine Nuklear-

Für den Frieden auf die Straße

Mahnwache gegen die Kriegsgefahr

immer dienstags 17.00 Uhr, Kaiserstraße/Waldstraße, gegenüber dem Eingang zur gr. Kaiserpassage, am Brunnen.

Aktuelle Infos: www.friedensbuendnis-ka.de/

waffen in sein eigenes Hoheitsgebiet zurückgeführt“.

Für Russland war die Pariser Grundakte ein diplomatischer Schachzug um die Bedrohung durch die NATO-Osterweiterung zu relativieren. Für die NATO handelte es sich dagegen um eine strategische Finte um den Widerstand Russlands zu brechen. Die NATO hat nämlich niemals aufgehört, Russland als Gegner zu betrachten. Warum sonst dehnte sie ihren politischen Einflussbereich in den letzten 25 Jahren kontinuierlich nach Osten bis an die russische Grenze aus? Die Idee eines gemeinsamen Hauses Europa unter dem Prinzip der gleichberechtigten Partnerschaft wurde damit von vornherein untergraben. Während Russland „in beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen“ hat, lies die NATO ihre Truppen ebendort aufmarschieren. Mit der NATO-Osterweiterung – Polen, Tschechien und Ungarn (1999) sowie Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien (2004) als auch Albanien und Kroatien (2009) – näherte sich das westliche Militärbündnis der russischen Grenze und beschnitt dessen Einfluss in Europa. Das ist das Gegenteil einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Das Fass lief endgültig über, als die NATO Anfang 2014 ihre Hände nach der Ukraine ausstreckte. Allein die USA investierten nach Angaben der zuständigen Abteilungsleiterin des US-Außenministeriums seit 1991 über 5 Mrd. US-Dollar in den Aufbau einer pro-westlichen Opposition in der Ukraine.

→ **Weiter auf der nächsten Seite**

Sozial is' muss!

→ Dieser und weitere schamlose und völkerrechtswidrige Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates bildeten die Grundlage des von Faschisten mitgetragenen Staatsstreichs im Februar 2014.

Seither regiert eine demokratisch nicht legitimierte Putschregierung bestehend aus Nationalisten und offenen Faschisten das Land. Der Vizeministerpräsident der Ukraine, Oleksandr Sytsch, ist Mitglied der faschistischen Swoboda-Partei. Zwei weitere Minister werden von den Faschisten gestellt. Weiter ist der Generalstaatsanwalt der Ukraine in der faschistischen Partei organisiert, ebenso wie der Sekretär des Komitees für Nationale Sicherheit und Nationale Verteidigung.

Damit sind Strafverfolgung, Polizei und Militär unter faschistischer Kontrolle. In Teilen der Westukraine sind die offiziellen Polizeistrukturen gar durch den paramilitärischen Arm der Faschisten, dem „Rechten Sektor“, ersetzt worden. Die gewaltsame Verfolgung der Opposition steht auf der Tagesordnung: Der Verbotsantrag der Kommunistischen Partei und das Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa sind nur zwei Beispiele hierfür.

Die aggressive Ostpolitik der NATO hat das Potential, einen großen Krieg zu provozieren. Aus Sorge um den Frieden hat sich deshalb in Karlsruhe ein breites Bündnis gebildet. Initiiert und mitgeplant wurde es auch von Genossinnen und Genossen der DKP (siehe Kasten). - kaj



Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung

Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (IAO) sieht Untergrabung der Errungenschaften des Europäischen Sozialmodells durch Krisenmanagement der Bundesregierung

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind. (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 22)

Mit der Verwirklichung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit beschäftigt sich der aktuelle *Weltbericht zur sozialen Sicherung 2014/15* der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bei den Vereinten Nationen. Der Bericht zieht ein verheerendes Fazit. Das Recht auf soziale Sicherheit sei weltweit für Kinder und Familien „ein nicht verwirklichtes Recht“. Das Menschenrecht auf Schutz bei Arbeitslosigkeit genießen de facto nur 12 Prozent der Erdbevölkerung. Selbst in Westeuropa, einem der reichsten Teile der Erde, seien 36 Prozent der Menschen von ihrem Menschenrecht ausgeschlossen.

Der UNO-Bericht geht zugleich hart mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung und der Europäischen Union ins Gericht. Das Krisenmanagement untergrabe, so der Bericht der IAO, durch kurzfristige Anpassungsreformen die Errungenschaften des Europäischen Sozialmodells. In der EU seien 123 Millionen Menschen, das seien 24 Prozent der Bevölkerung, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Der Bericht benennt zugleich Ursa-

chen dafür: „Die Kosten der Anpassung wurden an Bevölkerungen weitergegeben, die seit mehr als fünf Jahren weniger Arbeitsplätze und niedrigere Einkommen verkraften müssen“.

Der *Weltbericht zur sozialen Sicherung* der IAO bestätigt damit die Einschätzung der DKP: „Die Einschränkung von demokratischen und politischen Rechten nimmt in ganz Europa massiv zu. Anders kann die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung in vielen Ländern nicht mehr durchgesetzt werden“ (DKP-Wahlprogramm zur Europawahl 2014).

Auch auf Karlsruhe hat die Spar- und Konsolidierungspolitik des Bundes weitreichende Folgen. Allein das im Jahr 2011 beschlossene „Sparpaket“ der Bundesregierung belastet den Sozialhaushalt der Stadt mit 384.000€ jährlich. Der Etat für Beschäftigungsmaßnahmen des Jobcenters Karlsruhe ist infolge der Einsparungen um 29,5 Prozent gesunken. Auch auf die Arbeitsförderungsbetriebe wirken sich die Kürzungen aus. So kam es zu einer Reduzierung der Plätze für Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) mit einem Einsparvolumen von jährlich ca. 100.000€. Nicht einmal mehr den *einen Euro* eines Ein-Euro-Jobs kann sich die Stadt noch leisten!

Diese Entwicklung treibt mittelfristig immer mehr Menschen in die Armut und schließt diese vom Menschenrecht auf soziale Sicherheit aus. - kaj

Sozial is' muss!

Kommunalwahl 2014: Rechtspopulisten im Gemeinderat

Alternative für Deutschland (AfD) mit 3 Sitzen im Gemeinderat vertreten

Mehr als 400 Millionen Menschen in der Europäischen Union waren am 25. Mai aufgerufen, ihre Stimme bei der Wahl zum Europäischen Parlament abzugeben. Gerade einmal 43 Prozent sind diesem Aufruf gefolgt. Das Wahlergebnis repräsentiert damit noch nicht einmal die Hälfte der EU-Bevölkerung.

In den südeuropäischen Ländern, in denen die Menschen am meisten unter dem Krisenmanagement von EU-Kommission, EZB und IWF leiden, gibt es einen Trend nach links. In Griechenland etwa konnte die kommunistische KKE auf über 6 Prozent zulegen. Das Linksbündnis SYRIZA wurde sogar stärkste Kraft. Auch in Spanien und Irland konnten linke Kräfte starke Zugewinne erzielen.

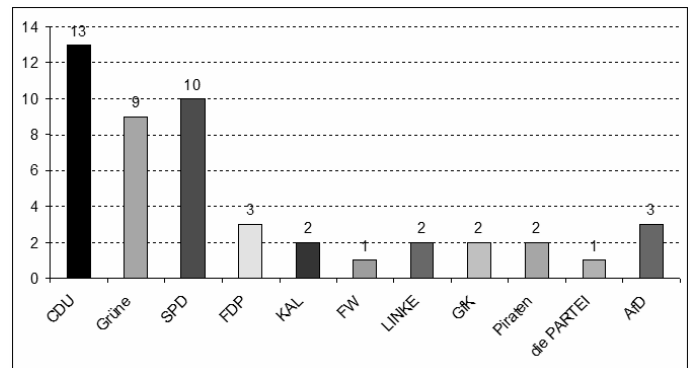
In Osteuropa resignierten die Menschen. In Polen, Tschechien, Slowenien oder der Slowakischen Republik lag die Wahlbeteiligung gerade einmal um die 20 Prozent.

In den reichen Ländern Mittel- und Nordeuropas triumphierten nationalistische, rechte Parteien. In Deutschland gewann die Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Stand 7 Prozent der Stimmen. Sogar die NPD stellt einen Abgeordneten!

Auch bei den Kommunalwahlen konnten rechtspopulistische und faschistische Parteien deutschlandweit Zugewinne erzielen. In Karlsruhe schaffte es die AfD auf 3 Sitze im Gemeinderat.

Die AfD ist 2013 von einer Gruppe elitärer Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmern sowie früherer Funktionsträger aus CDU und FDP gegründet worden. Sie ist eine rechtspopulistische Partei, die eine politische Alternative allenfalls für bestimmte Kapi-

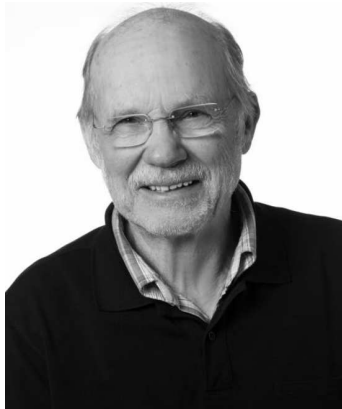
talgruppen der Bundesrepublik darstellt. Die AfD repräsentiert nicht die Interessen der „Bürger“!



Im Gegenteil fordert sie neben einer Senkung des Spitzensteuersatzes die Erhöhung der indirekten Steuern, die alle Menschen betreffen. Dadurch werden Spitzenverdiener wie Konzernchefs und Manager entlastet, die arbeitende Bevölkerung wird stärker zur Kasse gebeten – eine Umverteilung von unten nach oben. Gleichzeitig tritt sie für eine strikte Umsetzung der sog. Schuldenbremse ein, die vor allem Einsparungen bei Bildung und Gesundheit, aber auch für Kommunen vorsieht.

Konrad Adam, Sprecher der AfD, zweifelt sogar am Sinn des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und forderte ein Wahlrecht nur für Vermögende. Roland Vaubel, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der AfD, forderte zum Schutz der sog. Leistungseliten ebenfalls ein Mehrklassenwahlrecht.

Damit repräsentiert die AfD lediglich die Machtinteressen einer selbsternannten Elite, nicht die Lebensinteressen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. - kaj



Auch die DKP hat sich an der Kreistagswahl im Landkreis Karlsruhe beteiligt. Unser Genosse Hans Rettig war Spitzenkandidat auf der offenen Liste der Partei „die LINKE“ im Wahlkreis Kraichtal. Seine Liste erhielt 2,1 Prozent der Stimmen. Dies reichte leider nicht für ein Mandat.

Die LINKE konnte im Wahlkreis Pfinztal einen Ausgleichssitz gewinnen. Das Ergebnis ist als Erfolg zu werten, da die LINKE in diesem Jahr zum ersten Mal überhaupt zur Kreistagswahl antrat. Die LINKE ist außerdem mit zwei Mandaten im Karlsruher Gemeinderat vertreten, je einer in Bruchsal und in Bretten.

Sozial is' muss!

Mayors for Peace

Nach dem Beschluss des Karlsruher Gemeinderates vom 20. Mai 2014 gehört nun auch die Stadt Karlsruhe der weltweiten Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) an. Die DKP begrüßt diese Entscheidung, auf die hin auch Karlsruher Genossinnen und Genossen im Rahmen ihrer Aktivitäten im Friedensbündnis seit Jahren hingewirkt hatten.

„Mayors for Peace“ wurde 1982 auf Initiative der Städte Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufen um sich weltweit für die Ächtung von Atomwaffen stark zu machen. Die Initiative tritt für die Abschaffung der Atomwaffen bis zum Jahr 2020 ein. Die DKP unterstützt weitergehend die Forderung des Friedensbündnisses Karlsruhe: „Der jetzt schließlich vollzogene Beitritt zur Initiative Mayors for Peace darf kein einmaliger bürokratischer Akt bleiben. Karlsruhe muss sich aktiv in die Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen einbringen“.

Kontakt zur DKP?

Besuche unverbindlich eine unserer monatlichen Mitgliederversammlungen oder nimm an unseren regelmäßigen Bildungsabenden teil.

Infos auf Anfrage: info@dkp-karlsruhe.de



**UZ - unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP**

**Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!**

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:

info@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

Impressum

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Karlsruhe

V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, Markgrafenring 10, 76703
Kraichtal (redaktion@dkp-karlsruhe.de)

www.dkp.de, news.dkp.de, www.dkp-karlsruhe.de

**Konstantin
Wecker** Samstag, 28. Juni 2014
20.00 Uhr
auf der Hauptbühne
Esther
Bejarano &
Microphone
Mafia

Kauf den
Soli-Button zur
Finanzierung
des Festes
5,- €

**UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST der DKP**
27.-29. Juni 2014 • Dortmund
Revierpark Wischlingen Weitere Infos: www.uz-pressefest.de

Sozial is' muss!